

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 47 / 43. Jg.

21. Nov. 1930

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Litzow 5583.  
Verlag: Johannes Hög, Berlin W 9. - Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Der Chemigraphentarif für 1931 gültig!

Wie bereits berichtet wurde, haben die Kollegen, deren Arbeitsverhältnisse durch den Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe bestimmt werden, in der Urabstimmung sich mit Mehrheit dafür ausgesprochen, den Tarif in seiner Fassung 1929/30 auch für 1931 gelten zu lassen. Die Zustimmung der beiden Unternehmerverbände zu dem Saalfelder Verhandlungsergebnis lag bisher noch nicht vor, obwohl der 1. November Erklärungstermin sein sollte. Jetzt, nachdem von ihnen ein Dispens erbeten worden war, liegt die Zustimmungserklärung vor. Damit ist von beiden Tarifkontrahenten der Wille zum Ausdruck gekommen, den bisher gültigen Tarif weiterhin in Kraft zu lassen. *Der Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe gilt deshalb auch für das Jahr 1931!*

Mit dieser Gültigkeitserklärung wird ein Tarifkampf abgeschlossen, der zwar nach außen hin nicht all zu hohe Wellen geschlagen hat, der aber an Schärfe nicht das geringste vermissen ließ. Gerade die außerordentliche Sachlichkeit, die den diesjährigen Tarifkampf im Verhandlungssaal auszeichnete, ist der beste Beweis dafür, daß mit außerordentlicher Zähigkeit um die Bestimmungen dieses Berufsgesetzes gerungen wurde. Von beiden Vertragspartnern! Das erhellt auch daraus, daß die Unternehmer durch den Mund ihres Sprechers erklären ließen, sich diesmal nicht die Waffe des Angriffes aus der Hand schlagen zu lassen. Und die Unternehmer hatten die feste Absicht, den Gehilfen einen Erfolg abzuwürgen.

Es wäre kurzfristig gewesen zu verkennen, daß die Unternehmer infolge der Wirtschaftslage und der Riesenzahl der Arbeitslosen sich in einer relativ günstigen Position befanden. Das wußten sie auch. Solche Arbeitslosigkeit wie jetzt hat das Gewerbe, mit Ausnahme der Deflationstage, noch nicht gesehen. Die Position der Gehilfen war deshalb wirtschaftlich die denkbar ungünstigste. Kein Wunder deshalb, daß die Unternehmer unter allen Umständen einen Erfolg nach Hause tragen wollten. Und die Tarifausschußmitglieder auf den Unternehmerbänken haben sich wirklich redlich bemüht, diesen Erfolg zu erstreiten. Denn es stand ihnen ganz ohne Zweifel klar vor Augen, daß für sie jeder Erfolg zukünftig verhindert ist, wenn er nicht jetzt unter dem Drucke der Großarbeits-

losigkeit erzwungen werden kann. Deshalb das erbitterte Ringen der Unternehmer, das noch in ihren Reihen eine Fortsetzung gefunden haben muß.

Für die Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses war das Kampffeld von vornherein klar. Auch die Kollegen werden kaum daran gedacht haben, daß für sie große Erfolge diesmal heimzutragen sind. Eine Neuregelung der Nachwuchszufuhr ist aber bestimmt erwartet worden. Und die Gehilfenunterhändler haben wirklich alles getan, den Unternehmern das auch für sie verhängnisvolle ihrer Personalpolitik beizubringen. Aber sie lehnten eine brauchbare Regelung rundweg ab. Damit war die Verhandlungsmöglichkeit erschöpft. Die Gehilfenunterhändler wären fest entschlossen, unter diesen Umständen lieber ohne Verhandlungsergebnis und damit ohne Tarif vor die Kollegen zu treten und alle Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen. Was das heißt, braucht den Kollegen sicher nicht näher gesagt zu werden.

In solch ungünstig wirtschaftlicher Situation zu solchem Entschlusse zu kommen setzt einen Aktivposten besonderer Art voraus. Dieser Aktivposten ist die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der Kollegen, ist ihr fester Zusammenschluß im Verband. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß sowohl die Steindruckereibesitzer wie die Unternehmer in den photomechanischen Berufen in dieser großen Wirtschaftskrise den Kollegen längst das Fell über die Ohren gezogen hätten, bräuchten sie den geschlossenen Widerstand der Kollegen nicht zu fürchten. Nur ob dieser Einheit und Geschlossenheit der Kollegen haben auch die Unternehmer den Tarif für die Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker ohne Änderungen zu ihren Gunsten als das kleinere Übel angesehen. Diese Lehre dieses Tarifkampfes sei deshalb besonders herausgestellt. Sind doch Kräfte am Werke, der hohlen Phrase folgend, diese Einheit und organisatorische Geschlossenheit der Kollegen zu zerstören. Kollegen, weist diese Schädlinge eurer Interessen ohne Ansehen der Person rücksichtslos und entschieden ab! Ihr seid nur stark, wenn ihr einig seid. Der Erfolg dieses Tarifkampfes, der in der Abwehr aller Unternehmerangriffe liegt und gar nicht hoch genug einzuschätzen ist, ist das Ergebnis unserer Einheit und Geschlossenheit. Waret sie auch fernherhin! Dann ist uns um die Zukunft nicht bange.

## Kommt ein Moratorium?

Die Weltpresse erörtert wieder einmal die Frage der Revision der deutschen Reparationsleistungen. Aus zwei Gründen kann Deutschland auf eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes dringen:

Infolge des Preiszusammenbruches auf dem Weltmarkt ist der Realwert unserer Reparationsleistung um 15 bis 20 Proz. gestiegen.

Unsere wirtschaftliche Lage hat sich derart verschlechtert, daß die Voraussetzungen für ein Moratorium (Stundung der Zahlungen) gegeben erscheinen.

Der ADGB. hat darauf hingewiesen, daß er seit einem Jahrzehnt grundsätzlich für die Niederschlagung der internationalen Kriegsschulden eintritt. Unsere Reparationsleistungen hätten schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten, und seien zu einer Hemmung der gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung geworden.

Im Auswärtigen Ausschub des Reichstages verlangten die Kommunisten wie die Nationalsozialisten die sofortige Einstellung der Zahlungen. Vorläufig wurden alle Anträge, auch die gemäßigten der Mitte, mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Die Regierung steht vor der schwierigen Aufgabe, eine außenpolitische Katastrophenpolitik zu vermeiden, aber die größtmögliche Erleichterung für Deutschland zu erzielen.

Der Antrag auf Stundung kann von Deutschland selbst gestellt werden. Offenbar ist aber mit einer Stundung wenig erreicht. Unser Ziel muß eine weitere Ermäßigung und die schließliche Beseitigung der Lasten sein.

Von den 110<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Milliarden, die wir auf Grund des Youngplanes zu zahlen haben, gehen nicht weniger als 84 Milliarden an die Vereinigten Staaten. Nach dem Haager Übereinkommen wird jeder Schuldennachlaß, den die Vereinigten Staaten ihren früheren Alliierten gewähren, während der ersten 57 Jahre des Youngplanes zu zwei Drittel an Deutschland weitergegeben, in den letzten 22 Jahren wird er voll auf Deutschland übertragen.

Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges ihren Verbündeten rund 45 Milliarden geborgt. Sie haben einen Teil der Schulden insbesondere zugunsten Frankreichs und Italiens bereits niedergeschlagen, lehnen aber vorläufig jeden weiteren Nachlaß schroff ab. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat erklären lassen, daß es völlig unrichtig sei, daß die Gewährung eines Moratoriums erörtert werde. Es bestünde weder die Notwendigkeit noch die Aussicht, daß in naher Zukunft ein Moratorium gegeben werde.

Die amerikanischen Finanzkreise sind anderer Ansicht als ihre Regierung. Man fürchtet für die mehr als 10 Milliarden amerikanischen Kapital, die in Deutschland angelegt sind, und drängt die Regierung, Zugeständnisse zu machen. Es kommt hinzu, daß sich immer mehr die Einsicht durchsetzt, daß die gegenwärtige Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Verschuldung zu schweren Störungen der Weltwirtschaft führt, so daß auch für die empfangenden Länder eine Neuregelung unter Umständen vorteilhafter sein wird, als das Festhalten des gegenwärtigen Zustandes.

Der frühere Reichsbankpräsident Schacht, der die letzten Reparationsverhandlungen in Paris leitete, erklärte in der Universität von Chicago, daß

die völlige Beseitigung der Reparationsleistungen das einzige Mittel sei, durch das die Welt zur Prosperität zurückkehren könne. Schacht, der bereits mit dem Staatssekretär Stimson verhandelt hat, beabsichtigt auch, mit dem Präsidenten Hoover und dem Schatzsekretär Mellon zu sprechen.

Schachts Ansicht, daß die „Prosperität“ gesichert sei, und der Kapitalismus blühen und gedeihen werde, wenn man nur auf die deutschen Zahlungen verzichte, ist genau so unzulänglich wie der Glaube Hitlers und Hugenbergs, daß die Leistung der Tribute die Weltwirtschaftskrise ausgelöst hätten.

An sich erscheint die Stimmung für eine Revision oder wenigstens für ein Moratorium, im gegenwärtigen Zeitpunkt günstig. In Frankreich ist man allerdings noch sehr widerspenstig. So erklärt z. B. der „Figaro“, daß eine Revision nur eine Prämie für die Erpressungspolitik der Stahlhelm- und Hitlerbanden sei. Dagegen dürfte Italien bereit sein, unseren Nationalisten Zugeständnisse zu machen, um sie als Werkzeug für die eigenen Pläne gegen Frankreich gefügiger zu machen. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die Verhandlungen vorläufig noch entschieden ablehnt, dürfte wohl auch noch dazu kommen, der in Amerika angebeteten „Prosperität“ Opfer zu bringen. — Infolge der bisher betriebenen Revisionspolitik oder „Erfüllungspolitik“ ist der Barwert unserer Reparationsleistungen von 132 Milliarden nach dem Londoner Abkommen auf rund 35 Milliarden nach dem Youngplan ermäßigt worden. Dieser einmal beschrittene Weg wird uns auch zum Ziel führen, während die Katastrophenpolitik der extremen Parteien alles bisher Erreichte gefährdet.

## Demokratie und Parlamentarismus

III.

Es ist in vielen Fällen ungeheuer schwierig, die Folgen einer politischen Handlung, insbesondere einer parlamentarischen Abstimmung, auch nur einigermaßen vorzusehen. Die abwägende Überlegung muß nach mehr als einer Seite hin tasten und prüfen, ehe ein sicherer Schritt auf festem Grunde getan werden kann.

Der Parlamentarier wird sich zunächst fragen müssen, welche unmittelbaren Wirkungen durch seine Abstimmung erzielt werden, ob beispielsweise das Gesetz, das zur Beratung steht, im Sinne seiner allgemeinen Anschauungen nützlich oder schädlich wirken würde, ob die Nachteile die Vorteile oder die Vorteile die Nachteile überwiegen. Damit ist aber seine Gewissensforschung noch nicht erschöpft. Er wird sich vielmehr weiter fragen müssen, wie die Annahme und wie die Ablehnung jenes Gesetzes mittelbar wirken würde. Z. B. kann vielleicht durch die Annahme eines an sich nicht unvorteilhaften Gesetzes verhindert werden, daß an seiner Stelle bald ein noch viel vorteilhafteres beschlossen wird; dann wird er sich zur Ablehnung der Vorlage entschließen müssen mit der Begründung, daß sie „nicht weitgehend genug“ sei. Ob die Ablehnung eines Entwurfes als „nicht weitgehend genug“ taktisch richtig ist, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Es wäre sicherlich ebenso verkehrt, jedes Gesetz zu akzeptieren, das auf reife Forderungen mit einer winzigen Abschlagszahlung antwortet, wie jedes abzulehnen, das hinter den allgemeinen Forderungen des Parteiprogrammes an dem oder jenem Punkte um etwas zurückbleibt.

Der Parlamentarier wird aber auch weiter bedenken müssen, wie seine Abstimmung auf die parlamentarischen Machtverhältnisse wirken wird. Durch Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes können unter Umständen Regierungen im Amte erhalten oder gestürzt, Parteikoalitionen geschaffen oder zerstört werden. Der Vorteil, den eine Partei aus einem solchen Vorgang für die allgemeine Entwicklung in der Richtung ihres Zieltes erwarten darf, wird ihr mitunter wichtiger erscheinen als die sachliche Entscheidung über eine einzelne, an sich minder wichtige Frage.

Schließlich kann über die sachliche Prüfung und die Beeinflussung der parlamentarischen Machtverhältnisse hinaus die allgemeine politische Situation für die Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes entscheidend werden. Ein berühmtes Beispiel dafür bieten die viel kritisierten ersten Abstimmungen der sozialdemokratischen Fraktion über die Arbeiterversicherungsgesetze zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals waren die Sozialversicherungsgesetze von der Regierung Bismarck als gar nichts anderes gedacht, denn als Teile eines groß angelegten Gesetzgebungswerkes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Aus der Hand, die sie mit der Peitsche des Sozialistengesetzes schlug, wollten die politisch denkenden Arbeiter, die sich als Vertreter ihrer ganzen Klasse fühlten, nicht das Gnadengeschenk einer „sozialen Gesetzgebung“ entgegennehmen. Sie wollten nicht Almosen, sondern Freiheit, und darum war es ein geschichtliches Verdienst, daß sie der Regierung den Bittel vor die Füße warfen. Wie sehr diese ihre Haltung von den breiteren Massen der Arbeiterschaft verstanden wurde, hat die weitere Entwicklung bewiesen. Jene haben alsbald begriffen, daß die Sozialdemokraten damals nicht ein den Arbeitern nützlich Gesetz vereiteln wollten, sondern daß sie gegen den Sozialismus des Zuchtstaates rebellierten. Da mußte es offenbar werden, daß die soziale Frage nach sozialdemokratischer Auffassung nicht bloß eine Magenfrage, sondern eine Frage der persönlichen Unabhängigkeit ist, und daß die Arbeiter zu essen verlangen, nicht bloß um satt zu werden, sondern um frei zu sein. Als sich dann die Kraft des Sozialistengesetzes brach und das Gesetz fiel, war es ebenso richtig, Gesetze zum Ausbau der Arbeiterversicherung, sofern sie sonst brauchbar waren, anzunehmen, wie es vordem richtig war, sie abzulehnen.

Also die sachliche Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Vorlage, die Wirkung der positiven oder negativen Abstimmung auf die weitere gesetzliche Behandlung des Gegenstandes, die weitere Wirkung auf parlamentarische Machtverhältnisse und allgemeine politische Situationen, das alles muß in zweifelhaften Fällen in Betracht gezogen werden, ehe sich der Parlamentarier zum Für oder Wider entscheiden kann. Und bei all dem darf er nicht vergessen, daß sein Verhalten von dem intelligenteren Teil seiner Wählerschaft genau beobachtet wird, und darum nach Möglichkeit so eingerichtet werden muß, daß es ihnen verständlich bleibt. Ein noch so richtig ausgekügelter Zug auf dem parlamentarischen Schachbrett kann höchst falsch und verderblich sein, weil man vergaß, seine Wirkung auf die Massen zu bedenken.

Von allen Parteien sind zweifellos diejenigen in ihrer parlamentarischen Taktik am freiesten, die am wenigsten unter der Kontrolle ihrer Wähler stehen. Daraus erklärt sich die ans Unglaub-

liche grenzende taktische Beweglichkeit des Zentrums, dessen Abgeordnete zumeist gar nicht auf die Voraussetzungen eines politischen Programmes, sondern eines konfessionellen Glaubensbekenntnisses gewählt sind. Die Haltung des Zentrums kann von der Masse seiner Wähler nicht falsch verstanden werden, weil sie von ihr überhaupt nicht verstanden wird, weder falsch noch richtig.

Viel schwieriger steht die Sache für eine Partei, deren Wählerschaft, zum Teile wenigstens, schon etwas kritisch veranlagt ist. Sie wird dadurch nicht bloß gehindert, das Verkehrte zu tun, was ja nur ein Vorteil ist, sondern unter Umständen auch gezwungen, etwas an sich vielleicht Richtiges zu meiden, weil seine Richtigkeit den Wählern nicht begreiflich gemacht werden kann. Fraktionspolitik darf kein geheimes Diplomaten-spiel sein, sie muß, soll sie nicht ihren demokratischen Zweck verlieren, in allen ihren Einzelheiten und Beweggründen den Wählern möglichst klar vor Augen liegen. Darum kann eine Partei, die mit kritisch veranlagten Wählerschichten zu rechnen hat, die notwendige Freiheit der parlamentarischen Taktik nur durch möglichst weitgehende politische Aufklärung gewinnen. Die „Taktik“ darf ja in Wirklichkeit nie etwas anderes sein als die Durchführung (nicht die bloße Schau-stellung) des „Prinzips“. Sie steht also zum Prinzip keineswegs, wie man so oft mit Unrecht annimmt, im Gegensatz. Je sicherer die sozialdemokratische Weltanschauung im Seelengrund des Volkes verankert wird, desto geringer ist auch die Gefahr, daß sie durch vergängliche Oberflächen-erscheinungen des parlamentarischen Treibens erschüttert werden könnte. Die Festigkeit des Prinzips verbürgt die notwendige Freiheit der Taktik.

## Die Lohnbaupolitik ist wirtschaftlich unglaublich dumm

Die sozialen Kämpfe in Deutschland werden von unseren ausländischen Freunden mit der größten Aufmerksamkeit beobachtet. Wissen sie doch ganz genau, daß davon auch der Lebensstandard der Arbeiter anderer Länder abhängt. Ein scharfer Beobachter ist die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“, die in ihrer Nummer vom 1. November sich über die deutsche Krise folgendermaßen äußert: „Die Lohnbaupolitik ist aber auch wirtschaftlich unglaublich dumm. Deutschland braucht heute eine Anknüpfung seines Innenmarktes durch die Schaffung kaufkräftiger Massen. Die Produktion sinkt heute überall. Der Stahlverein meldet beispielsweise einen Umsatzrückgang von 194 Millionen Mark oder um 13,8 Prozent. Deutschland braucht Millionen, die imstande sind, ein neues Produkt der Stahlindustrie aufzunehmen zu können. Das kann der ganzen Sachlage entsprechend nur das billige Volksautomobil sein. Aber wie sollen Arbeiter Autos kaufen können, wie das amerikanische Arbeiter instände sind, wenn man ihnen vorerst den Lohn stiehlt, aus dem sie bis heute nur das Allernotwendigste anschaffen konnten? Es wäre manches sicherlich tragbarer, wenn nicht zu gleicher Zeit, da eine Senkung des Arbeitslohnes mit allen Mitteln herbeigeführt wird, ein Aufbau des Kapitallohnes mit den verbrecherischsten Mitteln erzwungen würde. Das deutsche Kapital verläßt Deutschland und flüchtet sich in die Schweiz, nach Holland, Schweden und den Vereinigten Staaten. Die Banken all dieser Länder wissen, wie unglaublich hoch das deutsche Kapitalangebot gegenwärtig ist. Die deutsche Wirtschaft wird von ihren Kapitalisten systematisch ausgeblutet. Die Kapitalknappheit wird mit den Mitteln der Kapitalflucht künstlich herbeigeführt. Aus einem Deutschland, das in Not ist, flüchtet sich das deutsche Kapital über die schweizerische Grenze; es desertiert und übt wirtschaftlichen Hochverrat. Alle jene deutschen Kapitalisten, die gerade heute ihr Geld in unsere Banken flüchten, verraten Deutschland, sein Volk und dessen Wohlfahrt. Gabe es einen Richter — man könnte für sie die Galgen nicht hoch genug bauen. Das muß man diesem Gesindel aus der Schweiz heraus deutlich und unmißverständlich sagen.“

So denken die ausländischen Arbeiter über den Widerspruch hierzulande, der darin besteht, daß man den Arbeitern eine Lohnsenkung zumutet und in dem gleichen Augenblick eine Verteuerung der Kapitalkosten um ein beträchtliches Mehr eintreten läßt. Das Urteil über diese Methode ist hart, aber durchaus berechtigt.

## Das soziale Pflichtgefühl internationaler Konzerne

Das große Grubenunglück von Alsdorf hat ein starkes Mitgefühl in allen Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen. Sammlungen wurden veranstaltet, um die Hinterbliebenen zu trösten und ihnen zu helfen. Zuwendungen von Behörden und Personen kamen hinzu. Nicht allen Deutschen wird es bekannt sein, daß der Eschweiler Bergwerksverein, zu dem die Grube gehört, Bestandteil eines internationalen Konzerns, und zwar der Arbed (Actéries Réunies Burbach-Eich-Düdelingen), ist. Dieser französisch-belgische Konzern ist das zweitgrößte Montanunternehmen in Europa. Die „Fr. Zeitung“ schreibt in der Nummer 817/819

diesem internationalen Konzern folgende treffliche Ausführungen ins Stammbuch, die keiner Ergänzung bedürfen:

„Wenn in einem solchen Riesenunternehmen durch ein furchtbares Unglück 265 Bergarbeiter ihr Leben einbüßen und weitere 100 verletzt werden — ist dann ein solches Riesenunternehmen nicht in stände und moralisch verpflichtet, allein das zu tun, was zur materiellen Unterstützung der Hinterbliebenen und der Gemeinden getan werden muß? Uns scheint, daß hier ganz einfach eine selbstverständliche Ehrenpflicht vorlag. Es ist menschlich schön und natürlich, wenn im ersten Augenblicke einer solchen Katastrophe öffentliche Stellen und private Menschen in Deutschland unmittelbar so mit dem Gefühl reagieren, daß sie zunächst einmal Geld spenden, um wenigstens etwas das erste Leid zu mildern. Aber wir hätten es ebenso schön und natürlich gefunden, wenn unmittelbar nach der ersten Betäubung die Verwaltung des Eschweiler Bergwerksvereins und die Verwaltung der Arbed als seiner eigentlichen Besitzerin erklärt hätten: „Wir danken allen Spendern herzlich für ihre Gaben und wollen sie gern besonderen Zwecken im Sinne der Geber zuwenden, aber wir bitten, von weiteren Spenden jetzt abzusehen, denn das, was angesichts dieses furchtbaren Unglücks getan werden muß, das zu tun ist unsere Ehrenpflicht und wir werden sie erfüllen. Um für die dreihundert bis vierhundert Bergarbeiterfamilien von Schacht Anna II so zu sorgen, wie es das Gewissen verlangt, dazu ist die Arbed selbst stark genug, sie bedarf dafür keiner Hilfe. Also bitten wir, die geplanten Gaben lieber anderen Notleidenden in Deutschland zuzuführen, hinter denen nicht der zweitgrößte europäische Montankonzern steht, um für sie zu sorgen.“ Eine solche Erklärung haben die Verwaltungen leider nicht abgegeben. Das Ergebnis ist, daß neben den 300 000 Mark des Konzerns 600 000 Mark aus öffentlichen und privaten deutschen Spenden stehen. Das ist bitter.“

## Der Internationale Kongreß der Krankenkassenverbände

In Dresden fand kürzlich ein Kongreß der Internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen statt. Diese überstaatliche Organisation ist ein Kind der 10. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, die im Jahre 1927 stattfand. Ein anläßlich dieser Tagung gebildeter Ausschuß berief im Oktober 1927 den ersten Kongreß nach Brüssel ein. 1928 war man in Wien und im Jahre 1929 in Zürich versammelt. Bei dem diesjährigen Kongreß in Dresden waren Vertreter von 18 verschiedenen Staaten und rund 30 Millionen Versicherten erschienen. Die Eröffnung wurde vorgenommen von dem Vorsitzenden der Krankenkasseninternationalen Georges Petit, Paris. Die deutschen Behörden waren zahlreich vertreten. Ministerialdirektor Dr. Grieser bedauerte in seiner Begrüßungsrede, daß die in Deutschland gegen die Sozialversicherung geäußerten Meinungen im Ausland leider ein allzu aufmerksames Ohr fänden. Die Sozialversicherung sei ein herrlicher Tempel des Opferwillens und es gehöre schon ein herostratischer Mut dazu, diesen Tempel zu zerstören. Die Reichsregierung sehe in der Internationalen Zentralstelle einen internationalen Heresverband zur Abwehr der Angriffe auf die Sozialversicherung. Der Vorsitzende der Zentralstelle Petit, Frankreich, sprach über die Lage der Krankenkassen in den einzelnen Ländern. Er erwähnte dabei, daß die Einführung der Krankenversicherung in Frankreich schweren Widerständen begegnet sei, die aber restlos überwunden sind. Mit lebhaftem Beifall wurde der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, begrüßt. Nach Thomas bedeutet der Internationale Krankenkassenkongreß eine Kundgebung gegen die ausschließliche Herrschaft der Wirtschaft. Sozialpolitik und Sozialversicherung haben sich vor dem Tribunal der Wirtschaft nicht mehr zu rechtfertigen. Diese kann ihre Verantwortung für die Existenz der Arbeiterschaft auch während einer schweren Wirtschaftskrise nicht verneinen. Mit lebhaftem Beifall wurde der Vorrang von Kollegen Lehmann, Deutschland, über die Kontrolle des kassenärztlichen Dienstes entgegengenommen. Über die Krankenversicherung im Kampfe gegen die sozialen Krankheiten sprach Prochazka, Oberphysikus der Stadt Prag. Die Sozialversicherung leistet, so erklärte der Redner u. a., im Kampfe gegen die sozialen Krankheiten die Vorkämpferarbeit, und zwar in der Propaganda, in der Hebung des hygienischen Niveaus und in der Errichtung von notwendigen Anstalten und Einrichtungen. Entsprechende Entscheidungen wurden angenommen. Empfohlen wurde die Gründung eines Internationalen Instituts zur wissenschaftlichen Forschung der physiologischen und pathologischen Arbeiten und des Studiums der sozialen und Berufskrankheiten. Für das nächste Geschäftsjahr wurde zum Präsidenten der Internationalen Zentralstelle, Helmut Lehmann, Deutschland, gewählt. Die ausländischen Delegierten und Gäste sprachen ihre hohe Bewunderung über die deutschen Einrichtungen aus, die ihnen anläßlich des Kongresses gezeigt wurden. Der nächste Kongreß findet in Prag statt.

# Gewerkschaftliche „Freiheit“ in Italien

Es gehört zum eisernen Bestand der faschistischen Rhetorik, den tatsächlichen Zustand absoluter politischer Unfreiheit des einzelnen Staatsbürgers und mithin auch in gewerkschaftlicher Hinsicht des Arbeitnehmers glattweg in Abrede zu stellen, den Anschein zu erwecken, als sei lediglich an die Stelle der freien Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmerschaft eine Art wohlwollender staatlicher Obhut der gewerkschaftlichen Arbeit getreten, als verlange der italienische Arbeiter nichts anderes, wie von den Korporationen getauft, zumftmäßig gedacht und aufgebauten faschistischen Verbänden betreut zu werden. Im Programm, bei Kundgebungen, auf der internationalen Arbeitskonferenz; überall, wo es gilt, nach außen zu wirken, ist der Faschismus betont sozial, so etwa wie Hitler „sozialistisch“ zu sein vorgibt, denn das liegt im Zuge der Zeit. Der Anschein, daß diese faschistischen Verbände wirkliche Organisationen, also aus freiem Willen der Beteiligten entstandene Vereinigungen seien, soll um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Niemand ist sich klarer als die Führer des Systems selbst, daß die faschistische Diktatur in dem Moment ihr eigenes Todesurteil vorzeitig gesprochen haben würde, in dem sie allen erkennbar ihren gesellschaftlichen und politischen Charakter als Unterdrückungsorgan gewisser kapitalistischer, vor allem aber groß-agrarischer Kreise enthüllen würde.

Ganz besonderen Wert legt man in Faschistien auf Reputation beim internationalen Arbeitsamt, dessen Bedeutung und Funktionen mitunter in faschistischen offiziellen Kreisen wesentlich höher eingeschätzt zu werden pflegt, als in den Reihen jener Organisationen, die in demokratisch organisierten Ländern arbeiten und aus ihrer Erkenntnis der Kampfnotwendigkeiten in der modernen Gesellschaft zuerst auf die eigene Kraft der organisierten Arbeiterschaft vertrauen und es nicht nötig haben, alljährlich mühselige Nachweisversuche über die Existenz gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit auf der Genfer Konferenz anzustellen.

Wie ist nun eigentlich diese gewerkschaftliche Freiheit, die man in Genf und anderwärts mit bewundernswürdiger Unbeirrbarkeit als gegeben hinstellt, tatsächlich beschaffen? Was sind die faschistischen Korporationen eigentlich in ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Funktion? Es soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, Behauptung gegen Behauptung zu stellen oder das äußerst un-demokratische, in der unbeschränkten Verfügungsgewalt der faschistisch-staatlichen Bürokratie mündende Statut einer Untersuchung zu unterziehen, sondern einmal der Versuch unternommen werden, an Hand faschistischer Verlautbarungen die Mär von der gewerkschaftlichen Freiheit in Italien auf das richtige Maß zurückzuführen.

Das faschistische Gewerkschaftsgesetz vom 3. April 1926, nach seinem Konzipienten auch Gesetz „Rocco“ genannt, daß ja die Grundlage des derzeitigen, in Form, Aufbau und persönlicher Führung mehrfach geänderten Korporationsgesetzes abgibt, sah — aus den oben angeführten Gründen — neben den anerkannten, rechtsfähigen, unter staatlicher Aufsicht mit monopolartigen Rechten ausgestatteten Verbänden auch die Möglichkeit sogenannter „de facto-Organisationen“, also nicht rechtsfähiger Vereinigungen vor. Natürlich gehörte schon damals diese Bestimmung zu jenen leeren Phrasen, mit denen der Faschismus seinen reaktionären Inhalt zu umkleiden suchte.

Frei ist im faschistischen Staat nur der Arbeitgeber in der rücksichtslosen Ausnutzung der Arbeitskraft; ihn hindern weder die Korporationen noch die faschistische Gesetzgebung. Ein Versuch, die Probe auf das Exempel zu machen, hatte denn auch in dem (durch seinen hartnäckigen, nur durch die Verhaftung und Verbannung fast der ganzen Bevölkerung gebrochenen Widerstand berühmten gewordenen) Landarbeiterdorf Molinella bei Bologna das Ergebnis, daß die Bildung einer solchen freigewerkschaftlichen de facto-Organisation mit Gewaltmaßnahmen auch der staatlichen Vollzugsorgane beantwortet und unmöglich gemacht wurde. In Genf erzählten die faschistischen Emissäre aber, das Gesetz Rocco lasse doch allen Organisationsformen die nötige Freiheit.

Wie diese Freiheit aussah, dafür gaben wenige Monate später die „Ausnahmegesetze zum Schutz des Staates“ ein sprechendes Bild. Da wurde am 5. November 1926 dekretiert: „Alle Parteien, Vereinigungen und Organisationen, die eine gegen das faschistische Regime gerichtete Tätigkeit entwickeln, werden aufgelöst“, und die Mitgliedschaft in ihnen wird unter schwere Strafen gestellt. Wer etwa nur die Absicht äußert, „die Tätigkeit der Staatsgewalt zu hindern oder zu schwächen“ kann nach dem gleichen Dekret ohne richterlichen Spruch zum Zwangsaufenthalt in irgendeinem weltvergessenen Abbruzzendorf „bestimmt“ werden. Zur „Staatsgewalt“ gehören im faschistischen Sprachgebrauch auch alle halb-öffentlichen Institutionen, wie Jugendformationen, Kadres der vormilitärischen Erziehung, Feierabendvereinigungen und selbstverständlich auch die Korporationen, die ja zur Zeit nicht mehr wie

einst in einer (den ehemaligen freien Gewerkschaften nachgebildeten) Spitzenorganisationen zusammengefaßt, sondern dem Korporationsministerium unterstellt sind. Wer nun gar den Versuch machen würde, „auch unter neuer Benennung oder Form, die von den politischen Behörden aufgelösten Organisationen oder Parteien neu zu bilden“, der wird nach § 4 des Gesetzes über „Maßnahmen zum Schutz des Staates“ mit Gefängnis von 2 bis 10 Jahren bestraft; wer lediglich an einer aufgelösten Vereinigung irgendwie teilnimmt, ihr passiv angehört, erhält dagegen „bloß“ 2 bis 5 Jahre Gefängnis.

Die auf dieser gesetzlichen Basis beruhende Ausschließlichkeit der faschistischen Korporationen wird überdies dadurch wesentlich unterstrichen, daß auf Grund des Gesetzes Rocco nicht etwa nur die mehr oder weniger „freiwilligen“, sondern auch die Nichtmitglieder beitragspflichtig-

## Werbt für den Verband!

*Nur im Zusammenschluß liegt Kraft und Macht!*

*Die Wahrheit gilt es immer neu zu hämmern*

*In die Gehirne, die kein Kampf entfacht,*

*Die noch im Nebelmeer der Phrase dämmern.*

*Nichts kommt von selbst. Um jeden Fortschritt muß*

*Man immerwährend mit dem Rückschritt ringen,*

*Doch nicht im Einzelkampf, nur im Zusammenschluß*

*Kann man den stärksten Feind bezwingen.*

*Nur im Zusammenschluß liegt Macht und Kraft!*

*Er ist die Macht, die den Angriff zügelt —*

*Er ist die Kraft die Wunderwerke schafft,*

*Vom Drang zur Tat am Bau der Welt beflügelt.*

*Gleichwie ein Stausee jeden Tropfen staut,*

*Um dessen Kraft millardenfach zu stärken,*

*Staut im Zusammenschluß, als Kraftwerk aufgebaut,*

*Sich Kraft an Kraft zu Riesenwerken.*

*Nur im Zusammenschluß in einen großen Bund*

*Liegt der Erfolg als Ziel vereinten Strebens.*

*Sind wir entzweit, gehn hilflos wir zugrund,*

*Brutal verdrängt vom reichen Tisch des Lebens.*

*Das Kapital läßt seine Tyrannie*

*Uns ohne Mitleid und Erbarmen spüren*

*Und zwingt uns roh ins Joch der Sklaverei,*

*Aus der dann keine Wege führen.*

*Drum aufgerafft! Beschwingt den Widerstand*

*Im großen Kampf um die gerechte Sache!*

*Werbt rastlos neue Streiter dem Verband,*

*Pfatz ist für alle unter seinem Dache!*

*Werbt immerzu, erlahmt nicht, agitiert,*

*Mag das Ergebnis erst nur wenig bringen,*

*Wenn aber stolz die Einigkeit regiert,*

*Wird auch das größte Werk gelingen!*

Victor Kalinowski.

tig sind und von den Korporationen in weitgehendem Maße „vertreten“ werden. Ihre Abmachungen arbeitsvertraglicher Natur haben unabdingbare Geltung für alle Arbeitnehmer und — theoretisch — Arbeitgeber ihres beruflichen und territorialen Bezirks. Sollte nun jemand noch Zweifel hegen, daß gewerkschaftliche Freiheit in Italien ein Widerspruch in sich selbst ist, so braucht er nur die faschistische Korporationspresse selbst zu lesen. Als beispielsweise das päpstlich sanktionierte und von faschistischer Seite mit Rücksicht auf die diplomatischen Beziehungen zum Kirchenstaat geduldete „Mitteilungsblatt“ des Katholisch-Sozialen Instituts einmal schüchtern vermerkte, bei Nichtbeachtung von kollektivvertraglichen Bestimmungen möchten die katholischen Arbeiter den Dözesansekretär der Azione Cattolica, der das genannte Institut angeschlossen ist, verständigen, welcher Klagen an die zuständige korporative Instanz oder an das Korporationsministerium weiterleiten würde, erklärte der „Lavoro Fascista“, das offizielle Organ der Korporationen, am 13. Oktober 1929 mit unmißverständlicher Offenheit:

„Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß die (faschistischen) Gewerkschaften eine Kontrolle dulden, die allzusehr nach der Tätigkeit der ehemaligen weißen (katholischen) Gewerkschaften oder der katholischen Volkspartei aussieht. Niemand wird es den Katholiken verwehren, aus dem Gesichtswinkel tiefer religiöser Grundeinstellung Arbeitsprobleme zu studieren (!). Doch was ihnen verwehrt ist, das ist das Recht, eine Kontroll-, wenn nicht Spionageorganisation zu schaffen, die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer zu überwachen und die Grundsätze der korporativen Ordnung zu kritisieren. . . .“

Nicht viel anders wie den gewerkschaftlich interessierten Katholiken geht es jener kleinen Gruppe ehemaliger Gewerkschafter, die im Jahre 1926 bei der Auflösung aller nichtfaschistischer Organisationen eine „Vereinigung zum Studium der Arbeitsprobleme“ begründeten und damals vielleicht annahmen, so etwas wie einen organisatorischen Kern künftiger freigewerkschaftlicher Organisation bilden zu können. Wer den Charakter des Faschismus in seiner ungehemmten Ausschließlichkeit und, durch das Gefühl einer moralisch schwachen Position bedingten, inneren Schwäche erfaßt hatte, war sich schon zu dieser Zeit über die naturnotwendige Erfolglosigkeit dieses Versuches im klaren. Das Grundprinzip des Faschismus ist antidemokratisch, nicht nur in programmatischer Hinsicht, sondern noch vielmehr in organisatorischer Beziehung, und diese antidemokratisch-hierarchische Grundlage ist mit der Gedankenwelt jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit unvereinbar. Die „Vereinigung“ bezeichnete die Fabian Society als Vorbild ihres geplanten Wirkens, wollte im „Rahmen der Volksgemeinschaft loyal mitarbeiten“, sich jeder Kritik und Opposition am faschistischen Regime enthalten und erkannte den Staat der „autoritativen Demokratie“ ausdrücklich an. Doch die „autoritative“ Demokratie ist eben keine Demokratie, sondern das Feigenblatt einer Diktatur in deren Bereich die „Autorität“ der jeweils vorgesetzten Instanz stets und endgültig entscheidet. Daher mußte die Vereinigung in ihrem Rechenschaftsbericht für die im April 1930 abgehaltene Jahreskonferenz resigniert feststellen, daß

„ . . . es nicht möglich ist, eine irgendwie geartete Vereinstätigkeit in der Form von Zusammenkünften, gemeinsamem Studium und Diskussionen ins Leben zu rufen, da fühlbare und äußere Umstände dem entgegenstehen. Engere Verbindungen können erst geschaffen werden, wenn rechtliche und tatsächliche Voraussetzungen örtlicher Vereinstätigkeit geschaffen würden.“

Der „Lavoro Fascista“, der sich zuvor ebenfalls mit dieser Frage beschäftigte und zum Ausdruck brachte, daß die Publikation der Schriftenreihe „Probleme der Arbeit“ erscheine, weil es dem Faschismus gelegen sei, „gewisse Anachronismen zu dulden“, umschreibt das noch etwas deutlicher und sagte in seiner Ausgabe vom 30. 1. 1930:

„ . . . keine gewerkschaftliche Vereinigung kann also auf Grund des Gesetzes vom 3. April 1926 und seiner Ausführungsbestimmungen außerhalb der gesetzlich anerkannten errichtet werden. Der Wortlaut des Artikels IIIa der Arbeitsverfassung (Carta del lavoro, eine Art Proklamation des Arbeitsrechts) stellt nur die unzerstörbare individuelle (!) Freiheit sich in den gesetzlich anerkannten (also staatlich-faschistischen) Verbänden zu organisieren resp. nicht zu organisieren fest, erkennt aber keineswegs das legale Neben-aneinanderleben von anerkannten und de facto-Gewerkschaften an. Die gewerkschaftliche Freiheit über die die Mitglieder der Vereinigung noch brüten, hat, wie sich hieraus ergibt, nicht bestanden und wird im faschistischen Regime außerhalb der unmöglichen Träume der Mitglieder der „Vereinigung“ nie bestehen.“

Dies hat kein etwa mit dem Korporationswesen nur nebenbei befaßter Journalist, sondern wohlgerichtet, der Chefredakteur des als Organ der Korporationen angesehenen De Marsanich, der zugleich von Gnaden des Korporationsministers Vorsitzender der Arbeitnehmerkorporation für das Handelsgewerbe, und sachberatender Delegierter bei der internationalen Arbeitskonferenz ist, geschrieben.

Die faschistische Diktatur als Produkt einer Angstpsychose des Kleinbürgertums vor dem Anwachsen der Arbeiterbewegung, das es gleichsetzt mit der aus dem Kapitalismus erwachsenen Proletarisierung der Mittelschichten, ist zur Zeiterscheinung geworden. Und doch steht sie im Widerspruch zu den Erfordernissen der modernen technischen Entwicklung, im Widerspruch zur geistigen und gesellschaftlichen Struktur der kapitalistischen Ordnung, die in der Verfeinerung ihrer Produktionsformen mit dem dumpfen, stumpfen, wenn auch willigen Arbeiter nicht mehr auskommt. Sie braucht denkende Arbeiter; der denkende Arbeiter denkt nun aber bestimmt nicht nur über seine Verrichtungen im Arbeitsprozeß, er denkt auch über seine Lebenslage, über seine Beziehungen zum Arbeitgeber nach, er liest Zeitungen, und seien es selbst nur die uniformen Mitteilungsblätter der faschistischen Regierung. Damit ergibt sich — trotz ganz verschiedener kultureller Vorbedingungen in Italien ebenso wie in Rußland — die Unvermeidlichkeit der Erörterung von Dingen, die in der Konsequenz des Systems eigentlich unerörtert bleiben müßten; damit ergibt sich, daß man, wie es sich insbesondere bei den hier wiedergegebenen Zitaten zeigt, mitunter sogar die Wahrheit festzustellen genötigt ist. Diese Wahrheit aber verdient von uns festgehalten zu werden; es gibt keine gewerkschaftliche Freiheit im Faschismus.

Rolf Reventlow.

# VERBAND UND BERUF

## Tarifverhandlungen im Formenstich

Es gibt Weisheiten, die turmhoch alle wirtschaftlichen Erkenntnisse überragen. Es gibt Weisheiten, die so hoch über dem wissenschaftlichen Denken anderer stehen, daß man sie überhaupt nicht mehr erkennen kann, es sei denn, daß man sein Gehirn den heutigen kapitalistischen Wissenschaftlern in Zwangsbewirtschaftung übergeben hat. Lohnabbau, der berühmte Silberstreifen am Wirtschaftshimmel des Unternehmertums, überstrahlte auch die Tarifverhandlungen im Formenstechergewerbe. Lohnabbau zum Ankurbeln der Wirtschaft, Lohnabbau zur Eroberung des Auslandsmarktes, Lohnabbau zum Ausbau der Betriebe, Lohnabbau zur Verringerung des Arbeitslosenheeres, Lohnabbau, Lohnabbau über alles in der Welt! Lohnabbau zur Vergrößerung der Profiteure der Unternehmer? Nein, kein Gewerkschaftskollege denkt so über die große Lohnabbauaktion des deutschen Unternehmertums.

Die Unternehmer im Formenstechergewerbe hatten in diesem Jahre den Tarif gekündigt. Deshalb machten sich Verhandlungen notwendig. Am Sonnabend, dem 15. November kamen Vertreter beider Parteien in Hannover zusammen. Da die Unternehmer schriftlich keinerlei Anträge eingereicht hatten, war man über deren Wünsche nicht orientiert. Es war ja zu erwarten, daß die Unternehmer, dem Geist der Zeit folgend, „Schönheitsreparaturen“ am Tarifgebäude vornehmen wollten. Uns will es jedoch scheinen, daß diese Reparaturen so gründlich vorgenommen werden sollen, daß sie einem Abbruch des gesamten Gebäudes gleichkommen. Denn tatsächlich bleibt neben dem Geltungsbereich und der Unterschrift des Tarifes nicht mehr viel übrig, wenn die Unternehmer ihre Wünsche aufrecht erhalten. Da Verhandlungen jedoch dazu da sind, daß jede Partei mit ihren Argumenten eine Grundlage schaffen will, auf der sich beide Parteien einverstanden erklären können, ist zu wünschen, daß doch noch ein Weg gefunden wird, der das Gewerbe vor den schwersten Erschütterungen bewahren soll. Allerdings, wie diese Basis gefunden werden soll, ist im Augenblick noch nicht zu erkennen.

Die Generalforderung der Unternehmer ist ein Lohnabbau von 20 Pf. in der Stunde im Spitzenlohn. Die Unternehmer haben die Staffel von 1927 zugrunde gelegt und wünschen eine Reduzierung des Lohnes im ersten Gehilfenj. ... um 12 Pf., bis zum 21. Jahre um 15 Pf., vom 21. bis 24. Jahre um 17 Pf. und über 24 Jahre um 20 Pf. Daneben sollen noch die bis jetzt möglichen Überlöhne dadurch beseitigt werden, daß der betreffende Absatz aus dem Tarif verschwindet. Die Geschichte lehrt, daß die Menschen aus der Geschichte nichts lernen. Die deutsche Wirtschaft rast in einem nie gekannten Tempo dem Abgrund zu, weil die große Masse der Bevölkerung nicht in der Lage ist, die elementarsten Lebensbedürfnisse zu decken. Die größte Käuferschicht auf dem Markte ist ausgeschaltet, weil es an der nötigen Kaufkraft fehlt. Zur Stärkung dieser Kaufkraft predigt das gesamte Unternehmertum Lohnabbau. Daß die Unternehmer im Formenstich derselben Parole folgen, ist so unverwunderlich. Eine kurze Überlegung müßte ihnen doch sagen, daß Arbeiter mit verringertem Lohn nicht an eine Vorrichtung ihrer Wohnungen denken können und daß der Tapetenhandel durch Lohnabbau bestimmt nicht gefördert werden kann. Die Ansichten über die Grundbegriffe der Volkswirtschaft standen sich bei den Verhandlungen scharf gegenüber. Während Kollege Haß den Standpunkt der Gewerkschaften darlegte, beharrten die Unternehmer auf ihrer gegenteiligen Meinung. Ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu verstehen, einen Lohnabbau herbeizuführen, um wieviel weniger liegt Berechtigung vor, wenn wir die wirtschaftliche Lage der Formstecherkollegen berücksichtigen. Die Arbeitslosigkeit lastet so stark auf jedem einzelnen, daß eine weitere Belastung des Lohnkontos für die Gehilfenschaft gar nicht tragbar ist.

Waren diese Forderungen die Einleitung der Unternehmer, so zeigten auch die weiteren Wünsche, daß Bescheidenheit nicht gerade ihre Stärke ist. Die „Schönheitsreparaturen“ erstrecken sich auf alle wesentlichen Bestimmungen des Tarifvertrages. Die sechsstündige Arbeitszeit an den Vortagen vor hohen Festen soll verschwinden. Die Beschränkung der Überstunden ist für die Unternehmer ebenfalls nicht mehr tragbar; wahrscheinlich hat die Arbeitslosigkeit noch nicht den Grad erreicht, den die Unternehmer als Idealzustand ansehen. Der 50prozentige Überstundenzuschlag soll ebenfalls im neuen Tarif nicht mehr enthalten sein, sondern nur für alle Überstunden 25 Prozent Zuschlag. Das wirklich soziale Gesicht der Unternehmer kam aber auch bei dem Ferienparagrafen zum Vorschein, denn man wünscht Beseitigung des jetzigen Zustandes und ist bereit, den Gehilfen nach 26wöchentlicher Beschäftigungsdauer zwei Tage Ferien zu gewähren. In ganz demselben

Sinne wie die anderen Anträge läuft ein weiterer, der dahin geht, daß denjenigen Kollegen, welche ihre Arbeitskraft ein Leben lang dem Gewerbe geopfert haben und dann angeblich nicht mehr vollleistungsfähig sind, ein Lohnabbau durch Betriebsvereinbarung aufgezogen werden kann.

Wir sehen, alle Anträge der Unternehmer bewegen sich konsequent in der einen Richtung: Verschlechterung der Lage der Gehilfenschaft in einer Weise, wie sie selbst von den pessimistischsten Kollegen nicht erwartet werden konnte. Die Gehilfenschaft im Reiche hat jetzt die Aufgabe, zu diesen Forderungen der Unternehmer Stellung zu nehmen. Das eine kann jedoch heute schon mit aller Bestimmtheit ausgedrückt werden, daß die Unternehmerwünsche unter keinen Umständen dazu angetan sein können, einen Tarif für das Formenstechergewerbe zu schaffen. Man scheint auf der anderen Seite vollständig die Bedeutung der tarifrechtlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse zu verkennen. Wenn das Tarifgebahren so aussehen soll, daß man seine Politik den wechselnden Konjunkturen anpaßt, dann kann man im Ernst nicht davon sprechen, daß Gewerbepolitik getrieben wird. Es steht im Augenblick viel für das Formenstechergewerbe auf dem Spiel. Das sollten vor allem die Unternehmer selbst einsehen, und wir haben nur die eine Hoffnung, daß diese Einsicht recht schnell kommen möge, damit ein Zustand geschaffen werden kann, der von einem vernünftigen Willen getragen wird. Nicht der Betrieb soll Voraussetzung sein bei Abschluß eines Tarifes, sondern das Gewerbe. Die Unternehmeranträge in dieser Form können auf unserer Seite nur eine glatte Ablehnung erfahren. Wenn erneute Verhandlungen von Erfolg begleitet sein sollen, dann ist das nur möglich, wenn sich die Anträge der Gegenseite in einem Maße bewegen, das auch für die Gehilfen erträglich ist.

## Kündigung des Lohntarifes im Buchdruckgewerbe

Der Deutsche Buchdrucker-Verein, die Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe, hat das bis zum 31. Dezember gültige Lohnabkommen für das Buchdruckgewerbe gekündigt. Ebenso ist dieses Lohnabkommen vom Verband der Deutschen Buchdrucker gekündigt worden. Da sicher bei beiden Tarifkontrahenten die Absicht vorliegt, auch zukünftig eine tarifliche Regelung der Löhne zu haben, wird es zu neuen Lohnverhandlungen kommen. Daß diese Verhandlungen nicht leicht zu führen sein werden, ergibt sich ganz von selbst aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage.

Die Kündigung des Lohnabkommens für das Buchdruckgewerbe durch die Unternehmer erfolgte natürlich nur zu dem Zwecke, den Lohn abzubauen. Die Unternehmerabsicht geht dahin, gleich dreifach zu frühstücken, und zwar durch Lohnabbau, Preiserhöhung und Arbeitszeitverlängerung. Der „Korrespondent“, das Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, setzt sich unter dem Titel: „Zur Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins“ mit den Unternehmern auseinander und schreibt zur Kündigung des Lohntarifes unter anderem folgendes:

„Daß der Deutsche Buchdrucker-Verein im Fieber solcher Paradoxe den Lohn tarif gekündigt hat, haben wir schon in Nr. 88 bekanntgegeben; ebenso, daß unter wesentlich anderen Voraussetzungen von Gehilfenseite das gleiche geschehen ist. Da trotz aller vorher gekennzeichneten Hilflosigkeiten und Widersprüche in der Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht vorausgesetzt ist, daß er mit einer Verwirklichung seiner Lohnabbauendenzen auf dem Wege freier Vereinbarung rechnet, darf man von vornherein annehmen, daß er in dieser Frage auf eine diesbezügliche Entscheidung mit Hilfe der staatlichen Zwangsschlichtung spekuliert. Die von den Wortführern des DBV. in den letzten Jahren beliebten Klagen über die politische Lohnbildung und unerträgliche Beeinflussung der tariflichen Lohngestaltung von staatlicher Seite her erfahren dadurch eine recht sarkastische Unterstreichung. Aber, was verschlägt das; man kündigt den Lohn tarif und lauert dabei auf staatliche Hilfe, um nachher, wenn die Sache wieder einmal so schief wie möglich gegangen ist, andre Kreise dafür verantwortlich machen zu können. Die Kündigung des Lohn tarifes von Gehilfenseite beruht dagegen auf ganz andern Überlegungen. Auch im Buchdruckgewerbe wird man nicht an einer Lösung von Zeitproblemen vorbeigehen können, die von so großer kultureller und sozialer Bedeutung sind wie die derzeitige katastrophale Arbeitslosigkeit, deren Behebung nach unserer Ansicht eine der höchsten tariflichen Aufgaben sein sollte. Die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes ist dazu bereit, weil Not kein Gebot kennt, sondern Hilfe fordert von allen, die helfen können. Die Opfer, die dafür gebracht werden müßten, sind nicht so unerträglich, daß sie nicht auch von Unternehmerseite ge-

bracht werden könnten, zumal diese bei willkürlich ablehnendem Verhalten in absehbarer Zeit sicher weit mehr zu verlieren haben dürfte, als die Arbeiterschaft.“

Nach diesen Darlegungen ist bei den neuen Lohnverhandlungen allerhand zu erwarten. Soll auch der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nach der gegebenen Begründung keine Richtlinie für andere Verhältnisse sein, so glaubt daran doch kein vernünftiger Mensch. Das hat auch der Vorstand des ADGB. zum Ausdruck gebracht, der gegen den Metallschiedspruch folgenden Protest erhob:

„Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erblickt in dem neuen Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrisis und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.“

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten, daß eine durch Lohnkürzungen bewirkte Schmälerung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung den Absatz vermindern, die Krisis verschärfen, die Arbeitslosigkeit vermehren muß. Diesen Standpunkt, der von geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesausschuß des ADGB., ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die Verbindlichkeitsklärung des ursprünglichen Schiedspruches Verwahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand entschieden Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schiedspruches durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung einseitig dem Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preissenkungen als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind. Zwischen der Rücksichtslosigkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die Gestaltung der Preise auszuüben vermögen, besteht ein Mißverhältnis, das aufzureden wirken muß. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu vor Förderung des Gemeinwohls Opfer auf sich zu nehmen, unverhüllt erkennen lassen.

Der Schiedspruch hat die nachteiligen Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verschärft die Gegensätze in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung. Den Arbeitern muß der Schiedspruch vor allem zeigen, daß ihre Stärke in ihrer Geschlossenheit beruht. Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisation einzusetzen.“

Die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe sind für Mitte Dezember angesetzt. Wie sie sich gestalten und welches Ergebnis sie haben werden, wird die Kollegenschaft stärkstens interessieren.

## „Graphische Jugend“

Von unserer Jugendzeitschrift „Graphische Jugend“ werden des öfteren von befreundeten Verbänden und Organisationen zu Ausstellungs- und Archivzwecken vom Verbandsvorstand Exemplare von früheren Jahrgängen erbeten, die längst vergriffen sind. Um diesen Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden, sind die Mitgliedschaftsvorstände gebeten, ihre Bestände einmal nachzuprüfen und Entbehrliches an den Verbandsvorstand einzusenden. Auch die Kollegen sind hiermit befragt, ob sie nicht einzelne Nummern der „Graphischen Jugend“ abgeben können. Erwünscht sind besonders die Jahrgänge 1922/23 und 1925/26. Für die freundliche Unterstützung und Erfüllung des Wunsches wäre der Verbandsvorstand den Mitgliedschaftsvorständen und Kollegen dankbar.

# LITERATUR UND KUNST

## Bereit sein ist alles!

Wenn wir rückwärts ins Dunkel der verflochten Jahre,  
und alle, die wir bereit waren, unsere Kraft einzuzordnen ins  
Heer der Unerlöschenen,  
Verrat, Mutlosigkeit und Uerzweiflung sich anfrücken sehen  
einzubreden in die zerstorften Herzen der Brüder,  
so brennt die Stunde der Einkehr auf,  
eine warnende Flamme.

\*

Seht, sie feilschen auf den Kirnhöfen der Vergangenheit  
mit den bleidernen Münzen des Betrugs und mit falscher Gebärde,  
wie sie sich warm maden wollen am dürftigen Feuer ihrer  
verwunden Ideen.

Sie ziehen wieder die verschliffenen Monturen der Barbarei an,  
Bärte, stiere Gesichtser,  
und wollen im Blute baden, um wieder Herrfrier zu sein  
über Volk und Völker.

Blieben uns die herrlichen Güter der menschlichen Freiheit  
und die harten Wege des Anstiegs  
als Pflicht und Arbeit,  
so sind jetzt wir an die Reihe  
das Tor zu öffnen, das die Zukunft einläßt, die Erfüllung,  
Glück und Frieden.

Bereit sein ist alles! Noch glüht das kaum vertrocknete Blut  
unserer ermordeten Brüder.

Enger schließen wir fortan den Ring  
und hängen Glauben und Willen in das fliegende Licht unserer  
Fahnen.

Heilig sei uns der Bund, der die Republik schützt  
und Rufer ist jetzt im offenen Kampf um unsere deutsche Erde.

W. G. Orditewski.

## Kapstadt

### Als Steindrucker in Südafrika

Leipzig. Achtung! Der Vertrauensmann der  
Steindrucker ruft laut zum Frühstück: Kollegen,  
wer hat Lust nach Südafrika zu reisen, in Kap-  
stadt werden drei Steindrucker gesucht, vom Büro  
wird das eben gemeldet! — Ich mag woll — der  
Paul sagt: ich auch — und als dritter will der  
Fred mit. — Der Vertrauensmann sagt noch: Die  
Steindruckpressen für Kapstadt sind auch aus  
Leipzig, sie sind schon unterwegs nach Hamburg;  
beeilt euch, daß ihr wegkommt, dann könnt ihr  
mit den Maschinen die Überfahrt auf dem gleich-  
chen Dampfer machen.

Hamburg. Sankt Pauli — schnell mal ins  
„Eldorado“, in den Tanzpalast: dreimal rundum  
— und dann zur See.

Nordsee: Nebel. Die Biscaya spuckt wild:  
Orkan! In Madeira wird's warm, am Kap Verde  
wird's heiß, unterm Äquator schmilzt uns das  
letzte bißchen Fett vom Körper, nachts taucht am  
Himmel das Südliche Kreuz auf, das prächtige  
reiche Sternbild. Die Hitze läßt wieder nach, der  
Südpassat bringt Frische an Bord: der scharfe  
Wind. Und endlich: Land — Südafrika! Die Tafel-  
bai: ölig und grau. Kapstadt, weiß rundum die  
Bucht. Über Kapstadt der Teufelsberg, 1000 Me-  
ter hoch; gleich daneben der Tafelberg — Jan  
Smeer, unser Bootsmann, der sagt: „Boben op den  
Düfelsberg, dor danzt bi Vuilmand de Diamanten-  
keunig vun Kimberley“. Och so: Südafrika, Dia-  
manten!

Unsere Steindruckschnellpressen sind an Land.  
Und wir drei Steindrucker sind natürlich auch an  
Land. Die Maschinen sind montiert, sie seufzen,  
sie pusten, sie rollen, sie arbeiten — und wir dreie  
arbeiten mit. Woche auf Woche vergeht — wir  
leben uns ein, wir arbeiten uns ein, die fremden  
Verhältnisse werden uns gewohnt. Wir arbeiten  
in einem Staatsbetrieb, unter afrikanischen Kol-  
legen. Ihre Sprache ist afrikanisch Düitsch, hollän-  
discher Abstammung. Die Südafrikanische Union,  
die S.U., sie läßt eine sechsbandige Enzyklopädie  
drucken, mit reichen Bild- und Farftafeln, mit  
Karten und Kulturdokumenten, drum kamen von  
Leipzig Maschinen und Steindrucker! Unser Werk  
gedeiht, wir haben Freude daran: Lexikon von  
Südafrika: Keine größere Freude, als ein gutes,  
heranreifendes Werk.

Im Betrieb ist alles freiorganisiert, die „Union“  
regelt freigewerkschaftlich alle Arbeitsverhält-  
nisse von Kapstadt; das gilt für die weißen Arbei-  
ter. Die farbigen Arbeiter sind nur zum kleinen  
Teil organisiert, sie haben ihre eigenen Gewerk-  
schaften, die sich den „Unions“ angliedern. Kap-  
stadt hat 220 000 Einwohner, die Hälfte davon sind  
Weiße. Die Weißen haben die Vorherrschaft, der  
farbige Mensch, der Kaffer und der Zulu, sie wer-  
den als Menschen zweiter Güte betrachtet, als  
Menschen von „niedriger“ Kultur. Die Farbigen

sind lustig, friedlich und harmlos wie Kinder, im-  
mer zeigen sie dir lachend die blanken weißen  
Zähne, Perlen von schönstem Glanz. Wo nun die  
höhere und die niedrige Kultur steckt, das ist eine  
Wissensfrage; die europäische Kultur mit 15 Mil-  
lionen Welt- und Geldkriegtoten — oder die la-  
chende sonnenfreundige Kultur der Schwarzen —  
wo ist Größe und wo ist Niederung? Jedenfalls,  
der farbige Mensch fühlt sich dem Weißen gegen-  
über nicht als minderwertig — im Herzen verlacht  
der Schwarze den Weißen, diesen gierigen Jäger  
auf Gold und Diamanten, auf Geschäft und  
schwarze Jungfrauen.

Kapstadt. Anno 1652 von holländischen Sied-  
lern gegründet; 1806 ward es britisch. Kapstadt  
liegt 50 Kilometer nördlich von der „Guten Hoff-  
nung“, von der südlichsten Spitze Afrikas, vom  
Nadelkap, das der Portugiese Bartolo Diaz im  
Jahre 1486 entdeckte. Anno 1497 umfuhr Vasco de  
Gama das Hoffnungskap auf der Reise nach In-  
dien.

Kapstadt hat das Südafrikanische Bundesparla-  
ment, in dem nur Weiße sitzen. Hauptstadt der  
Südafrikanischen Union ist Pretoria, dort amtet  
der britische Generalgouverneur, der Oberkommissar  
der S.U. Südafrika ist ein selbständiges Do-  
minium, unter britischer Oberhoheit seit 1910. Vier  
große Provinzen: Kapland, Natal, Oranje-Frei-  
staat, Transvaal. Geent unter der bunten S.U.-  
Flagge — dort: sie knattert lustig im freien See-  
wind: Orange-weiß-blau, quergestreift.

Die S.U. ist zweieinhalbmal so groß als  
Deutschland, die Union hat sieben Millionen Ein-  
wohner, eindreiviertel Million davon sind Weiße.  
Auf ein Quadratkilometer Land wohnen im Durch-  
schnitt sechs Menschen — in Sachsen 312 Men-  
schen. Chottverdummich, das is 'n Unterschied!  
Diese Zahlen fischt uns Unkel Vrig auf, ein alter  
Kafkaprikaner, wir wohnen bei ihm, bei ihm und  
seinen sechs Töchtern, sie sind alle verheiratet;  
Unkel Vrig kann an die 20 Enkel auf seinen alten  
breiten Knien reiten lassen — und er tut es, ab-  
wechselnd, auf dem Tisch steht ein dampfendes  
Grogglas: Rum, Zucker, heißes Wasser — und Vrigs  
Pfeife qualmt von früh bis um Mitternacht — das  
konserviert: das Schmökern, sagt Unkel Vrig, das  
hat mich 70 Jahre lang gesund erhalten.

Kapstadt, der Hafen. Einfuhr: Baumwolle,  
Kohle, Eisen. Ausfuhr: Gold, Diamanten, Wolle  
und Felle. Im Hafen siehst du fast nur die rote  
britische Handelsflagge. Nur auf kleinen Küsten-  
fahrern weht das Orange-Weiß-Blau der S.U. In-  
dustrie von Kapstadt: Maschinen, Brauereien mit  
deutschen Siedemeistern und große Dampf-  
mühlen und Sägemühlen. Das ist alles; mehr Industrie  
ist nicht hier. Kapstadt hat breite und saubere  
Straßen — wie Dresden-Neustadt — die Häuser  
sind italienischen Stils — wie in Florenz. Schöne  
Parks. Und eine Bibliothek mit 50 000 Büchern.  
Das ist wenig! Kapstadt interessiert sich mehr für  
Handel als für Bücher. Und dennoch — wir drucken  
die Enzyklopädie von der S.U. Die Universi-  
tät von Kapstadt hat 2000 Studenten, 500 davon  
sind Mädels.

's mal wieder Feierabend. Wir sitzen bei Unkel  
Vrig am großen runden Tisch, Elsbeth, die jüngste  
Tochter von Vrig, die bringt Rum und heißes Was-  
ser; sie braut für uns alle den Grog. Den ersten  
Teelöffel voll braunen, dampfenden Alkohol schüt-  
tet sie im Schwung über den Fußboden, das bringt  
Glück und Friede ins Haus — eine Kafkersnitte,  
Bann gegen die Zauberei der bösen Geister.

Unkel Vrig strahlt, sein kurzer weißer Bart ums  
breite rote Antlitz — er hat noch alle seine gelben  
Zähne — er erzählt und erzählt. Keine größere  
Freude für den alten Afrikaner Unkel Vrig, als  
wenn wir mit ihm heißen Rum trinken und ihm  
zuhören.

Schaa, sagt Vrig, die Briten, die haben uns  
Afrikaner langsam aufgefressen, sie haben uns von  
der Küste immer weiter ins Land zurückgedrängt.  
Kaum hatten wir neu kolonisiert, da kam der  
Brite hinter uns her und nahm uns alles weg, im-  
mer und immer wieder. Weiter und weiter zogen  
wir nach Norden, bis es nicht mehr weiter ging,  
bis die Wüste Kalahari uns Halt gebot. Der Eng-  
länder aber ritt noch über uns hinweg, immer gie-  
rig auf Landbesitz, er hat jetzt selbst die Wüste  
annektiert, der nimmersatte Brite: Protektorat  
Kalahari! 's gibt da 'n paar Buschmänner und 'n  
paar Giraffen, weiter nix! Ja, doch — Sandstürme  
und ausgetrocknete Salzsumpe gibt es. Der Tod  
grinst aus allen Ecken der Kalahari.

Schaa, der Brite. Unkel Vrig, trink mal 'nen  
kräftigen Schluck, und nun spuck er aus, der Vrig,  
der Erzähler. Anno 1871 stahl der Brite dem  
Oranje-Freistaat das Gebiet von Kimberley.  
Warum? Wegen dem Blaugrund; im Blaugrund  
gab's Diamanten. Und als in Transvaal das Un-  
glück der Freiheit entdeckt ward — das böse  
Gold —, da marschierte der Brite Jameson gegen  
die Buren. Gier auf Gold war der Grund des  
Transvaalkrieges. Der Brite kam mit einer halben

Million Soldaten über unser freies Land, wohl  
schossen wir 60 000 Engländer ab, aber nach drei-  
jährigem Kampfe waren wir fertig: der Buren-  
krieg 1899—1902. Der Brite triumphierte; er saß  
an den Goldquellen von Transvaal. Und er sitzt  
immer noch dran. Die S.U. exportiert jährlich  
Gold für eine halbe Milliarde Mark und Diaman-  
ten für eine viertel Milliarde Mark. Alles frißt  
London, der große gierige Rachen der Welt.

Große Städte sind gewachsen. Die Bergwerks-  
stadt Johannesburg hat 300 000 Einwohner, die  
Hälfte davon sind Weiße, die anderen sind Braune  
und Gelbe. Die britischen Minenfürsten haben  
Hindus und chinesische Kulis und schmalbrüstige  
Malaien ins Land gebracht, alles Maulwürfe auf  
Gold und Diamanten. Aber unter ihnen war auch  
ein kluger Maulwurf, Gandhi hieß er, er war  
21 Jahre im Lande, und er hat den britischen Her-  
ren viel zu schaffen gemacht; er organisierte die  
farbigen Minenarbeiter zu freien Gewerkschaften  
und zu Menschenwürde. Es hat harte und schwere  
Streiks gegeben. Und Gandhi war immer Sieger,  
der Brite konnte ihn nicht werfen.

Unkel Vrig wird traurig: was nützt uns all der  
Reichtum im Lande, alles frißt London. Wir haben  
in der S.U. 50 Millionen Schafe, wohin geht die  
Wolle? Nach Liverpool. Wir andern sagen, ganz  
schüchtern: Unkel Vrig, aber England ist doch dop-  
pelt, Herren und Arbeiter, und die Arbeiter haben  
die Regierung: Macdonald —. Jaajaajaa, Jun-  
gens, brummt Vrig, das is woll die neue Zeit, daß  
die Arbeiter die Länder von innen aus erobern, ich  
Alter aber kann das nicht mehr recht verstehen.  
Elsbeth, bring noch 'ne Buddel Rum, wir trinken  
'ne Runde auf Om Krüger. Chottverdummich, der  
war 'n Kerl!  
Max Dortu.

## Aufgezwungenes Los

Eben hat die Sirene den Arbeitsbeginn ange-  
zeigt. Ein letzter Blick hinaus in den schönen  
Sommertag und die Lithographen begeben sich an  
die Arbeit. Mit einem tiefen Seufzer setzt sich  
auch der alte Eduard und langsam reißt er wieder  
Punkt an Punkt. Nicht lange dauert es, dann ist  
er wieder emsig in seine Arbeit vertieft. Die Um-  
welt ist ausgeschaltet für ihn. — Ich beobachte ihn,  
wie er über den Stein gekrümmt, mehr Maschine  
als Mensch, Strich an Strich setzt. Maschine? —  
Nein! — Alle seine Aufmerksamkeit muß er auf die  
Arbeit konzentrieren, damit er alle Farbnuancen  
des Originals richtig erkennt. Maschine? — Ja!  
— Punkt für Punkt — Strich für Strich — immer  
dasselbe und draußen ist Sommertag. Ja, Som-  
mer ist draußen in der Natur, Licht und Sonne.  
Bei uns ist ewige Nacht. Ans enge, staubige Zim-  
mer sind wir gebunden. Draußen ist Freiheit. Mit  
Unwillen wird jeder Laut gebrüllt, der aus der  
anderen Welt dringt, der uns herausreißt aus dem  
Gleichmut, der uns erkennen läßt, daß wir Skla-  
ven sind. Punkt für Punkt, Strich für Strich. —  
Draußen ist Freude, ungebändigte Freude. Lang-  
sam schleichen die Stunden. Noch nicht Feier-  
abend? Nein! Bleiern ist die Luft im Zimmer. Mit  
Nervosität überladen die Menschen. Da — lusti-  
ges Singen. Alle haben die Köpfe. Gespannt hor-  
chen sie auf jeden Laut. Jugend marschiert drau-  
ßen vorbei. Alle Augen sehen hinaus. Rote Ju-  
genge — ist es! Aus ihren Augen leuchtet Freude.  
Ihr Mund kündigt Freude. Der alte Eduard steht  
ganz nahe am Fenster. Seine Augen hängen an  
den Lippen der Kinder. Wie ein Fühlen mit uns  
klingt es herein. Ganz leise —:

Freude, o Freude, o Freude überall,  
schiebt heute beiseite, die Sorgen ohne Zahl.  
Vergeß den Kummer, vertreibt Not und Schmerz,  
die Freude soll leben in jedem Herz.

Traumverloren steht unser Eduard am Fenster.  
In seinen welterschütterten Augen glänzen Tränen.  
Er murmelt etwas vor sich hin. Ich verstehe ihn  
nicht. Er setzt sich wieder und beginnt von neuem  
seine Arbeit. Doch er kann seine Gedanken nicht  
mehr sammeln; immer wieder hebt er den Kopf  
und lauscht. Es ist, als wenn er im Geiste die  
Kinder noch singen hörte. Da wendet er sich an  
mich und spricht: Ernst —, hörst du. Ich bejahe  
und er fährt fort: Ernst, 40 Jahre bin ich nun  
schon in dieser Bude, 40 Jahre, bedenke! Alle  
meine Sehnsucht habe ich begraben müssen, ja be-  
graben müssen in dieser meiner Brust. Siehst du,  
erst da war auch ich jung. Auch ich träumte von  
einer goldenen Zukunft, glaubte, daß alles gut und  
schön sein muß. Bitter wurde ich enttäuscht. Bitter  
— Auch ich rang nach Freiheit und Freude.  
Aber ich ließ mich unterkriegen. Ich wurde klein  
und verschlossen. Ernst, 40 Jahre, Tag für Tag,  
Woche für Woche, Jahr für Jahr, immer nur Punkt  
und Strich, Strich und Punkt. Ernst, bedenke doch!  
— Seine Stimme wurde zu einem Röcheln. — 40  
Jahre immer dasselbe. Soll da ein Mensch, der  
lebt, der fühlt, nicht verrückt werden — und vor-  
hin dieses Lied —, es ließ mich erkennen, was ich

versäumen mußte. O, wie hasse ich sie, diese Klasse, die an unserer Lebenskraft zehrt, die uns aussaugt bis aufs Blut. Ernst — einst wird es anders — durch euch. Ich sehe sie, die Freiheit. Brüder sind alle Menschen — alle arbeiten, keiner feiert. Freude und Liebe herrscht. Rote Fahnen sehe ich. Rote Jugend. — So siegt — die Menschheit. — Meine Augen füllen sich mit Tränen, ich sehe nicht, daß er vornüber auf den Tisch sinkt. Ich höre nur wie er leise summt: Freude, o Freude, o Freude überall, schiebt heute beiseite die Sorgen ohne Zahl. . . Immer leiser wird es. Da — nochmals — ganz laut und klar spricht er: Freude, Freiheit, Sonne. Rote Fahnen — Morgenrot einer neuen besseren Zeit. Rote Jugend — Träger der Zukunft. Er hat sich mit ungeheurer Kraftanstrengung aufgerichtet, wie ein Prophet steht er dort. Rote Jugend, ihr s. . . Jetzt bricht er zusammen. Sein Herz hat aufgehört zu schlagen. Traurig stehe ich bei ihm. Mir geht ein Lied durch den Kopf: So geht ein Proletarier zugrunde. . . Aber es wird anders; er — hat die Zukunft gesehen. Es wird anders — durch uns — Jugend!

### Rundschau

#### Amerikas Riesenternehmungen

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es 24 Unternehmungen mit einem Gesellschaftskapital von mehr als einer Milliarde Dollars (4200 Millionen Mark). Diese 24 Unternehmungen kontrollieren 12 v. H. des amerikanischen Volksreichums. Kapitalmäßig am größten ist die Versicherungsgesellschaft Metropolis mit einem Aktienkapital von 3011 Millionen Dollar. Von Anfang 1920 bis Anfang 1930 sind die in der Liste geführten Gesellschaften mächtig gewachsen oder erst neu entstanden. Sieben Eisenbahngesellschaften haben ein Aktienkapital von 12918 Millionen Dollar (Anfang 1920 10324 Millionen Dollar). Fünf Elektrizitäts- und Gasgesellschaften verzeichnen ein Aktienkapital von 7093 Millionen Dollar (1634). Von den Industriegesellschaften werden geführt durch die United States Steel Corporation, die Standard Oil und General Motors. Sie haben ein Aktienkapital zusammen von 5378 Millionen Dollar (3665). Ganz gewaltig hat sich die Bankenkonzentration ausgewirkt. Das Eigenkapital der fünf größten Banken beträgt 8375 Millionen Dollar gegen 2789 Millionen Dollar 1920; es ist also beinahe eine Verdreifachung in zehn Jahren eingetreten. Die vier angeführten Versicherungsgesellschaften besitzen 8123 Millionen Dollar (3854). Alle 24 Gesellschaften zusammengerechnet verfügen über ein Gesellschaftskapital von 41,9 Milliarden Dollar gegen 22,2 Milliarden Dollar vor zeh'n Jahren. Der Reichtumswachstums dieser Nation wird durch die angeführten Zahlen sehr treffend illustriert. Das Gesellschaftskapital obiger Unternehmungen in Mark ausgedrückt ergibt 176 Milliarden; das ist mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Volksreichums.

#### Der Großhandelsindex steigt

Das Gerede von der Preissenkung erhält eine treffende Illustration durch die Entwicklung des Großhandelsindex. Der auf den Stichtag des 5. November errechnete Großhandelsindex zeigt den Stand von 120,8 gegen 120,6 in der letzten Oktoberwoche. Dem gegenüber ist eine Steigerung von 0,2 v. H. festzustellen. Die Preissenkungsaktion beginnt sich also nach der entgegengesetzten Richtung auszuwaschen.

#### Wintererholung!

Noch immer herrscht der Glaube, daß, wenn der Winter die heimatische Landschaft mit seinem blendendweißen Mantel bedeckt, der Ostwind über das Land fegt und die Fensterscheiben mit Eisblumen wundersamster Formen überzieht, der Aufenthalt in überheizten Stuben das Richtige wäre. Wohl ist es angenehm, nach einem Spaziergang, einer Wanderung im winterlichen Wald oder bei Heimkehr von einer Herz und Nieren erfrischenden Skitour in gut erwärmten Räumen sich auszuspannen, aber das für die Gesundheit Nützliche ist der Aufenthalt in der winterlichen Natur.

Die gesundheitlichen Vorteile der Wintererholung werden aber immer mehr gewürdigt und

heute ratet die ärztliche Wissenschaft in immer stärkerem Maße zu Winterkuren. Die gesundheitlichen Vorteile sind für die meisten Erkrankungen wirkungsvoller und umfassender als die des Sommers.

Sonne und Schnee haben eine überaus wohl-tätige Wirkung, die Höhenluft ist frei von Krankheitskeimen und Staub, die Atmung und Herz-tätigkeit wird wirkungsvoller angeregt, der Stoffwechsel geht rascher und leichter vonstatten, der Appetit wird reger und der Blutkreislauf intensiver. Nicht minder angenehm ist der erfrischende Ein-fluß auf Haut und Nerven. Infolge verminderten Luftdrucks und der Trockenheit wird die Kälte auf den Bergen niemals unangenehm empfunden.

Wer gar noch die weiße Kunst, den Schneeschuh beherrscht, schöpft aus der winterlichen Bergluft und den Wäldern vielfache Heilkräft. Aber auch auf Spaziergängen können wir tief in das Zauberreich des winterlichen Waldes eindringen. Der in den Berggemeinden überall vorhandene Schneepflug schafft gangbare Wege. Und in für die winterliche Erholung besonders geeigneten Orten der deutschen Mittelgebirge sind Eigenheime der Arbeiterschaft vorhanden.

Die Adefe bewirtschaftet Heime, die zur winterlichen Erholung vorzüglich geeignet sind. Manche dieser Heime haben Zentralheizung in allen Räumen, fließendes Kalt- und Warmwasser teils auf Korridoren, teils in den Zimmern, besonders Räume für Behandlung und Unterbringung des Sportgerätes. Auskunft erteilt und Prospekt versendet gern: Adefe, Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m.B.H., Sitz Jena, Marienstraße 4. Allen Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen.

#### Fachauschuß für die Gewerkschaftspresse

Der Fachauschuß für die Gewerkschaftspresse des ADGB. veranstaltet am 25. und 26. November im Berliner Gewerkschaftshaus eine Redakteurkonferenz mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Fachausschusses,
2. Versandfragen der Gewerkschaftspresse,
3. Ursachen und Charakter der Wirtschaftskrise,
4. Was ist und was will das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit?
5. Gewerkschaftspresse und Volksfürsorge.

#### Vom Büchertisch

**Vom Galeerensträfling zum Polizeichef.** Von Vidocq. Die seltsame Lebensgeschichte Eugène-François Vidocqs, von ihm selbst erzählt. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Ganzleinen. Preis 4,80 RM.

Seltsam genug ist diese Lebensgeschichte, die kurz vor der großen französischen Revolution anhebt und in der Restauration nach dem Sturz Napoleons abschließt. Sie ist der Bericht über ein Abenteuerleben, wie es phantastischer keine Dichterphantasie sich ausdenken kann. Und doch ist sie nicht das Produkt eines geschickten, auf Sensationen erpichten Literaten, sondern historische Wahrheit! Vidocq hat tatsächlich nach einem wilden Leben, das ihn mehrfach in die Gefängnisse und Bagnos führte, in den Jahren 1812-1827 die Pariser Sicherheitsbrigade geführt. Die erste größere Strafe führt er auf einen Justizirrtum zurück. Er bricht mehrfach aus, aber immer wieder greift ihn die Polizei auf. Schließlich findet er keinen anderen Ausweg, als seine Dienste den Verfolgern anzubieten. Er wird als Polizeizugspion und Geheimagent zum Vertreter an seinen Kameraden, und damit beginnt sein Aufstieg. Sein Rücktritt vom Amt erfolgt auf eigenes Ersuchen. Bald darauf beginnt er mit der Niederschrift seiner Erinnerungen, die einen so sensationellen Bucherfolg erzielten, daß sie vielfach verfälscht wurden. Die echten Erinnerungen Vidocqs sind eine bibliophile Seltenheit.

Als den Zweck seiner Erinnerungen bezeichnet er den Autor, „nicht nur ein abenteuerliches Leben zu schildern, sondern auch die Polizei zu schildern, wie sie ist“, denn „der Nimbus, der sie umgibt, entspricht der Wirklichkeit nur in sehr bescheidenen Grenzen.“ Vidocq nimmt dabei keinerlei Rücksichten und schont sich selbst am allerwenigsten. So unsympathisch uns vieles an ihm ist, seine Aufrichtigkeit nimmt für ihn ein. Darüber hinaus sind seine Erinnerungen ein Kulturdokument von höchstem Werte, das uns die Untergründe der damaligen Gesellschaft und ihre Korruptionserscheinungen aufleuchtet. Unter den Kameraden und späteren Opfern Vidocqs stoßen wir übrigens vielfach auf Gestalten, die uns merkwürdig zeitgemäß und bekannt vorkommen.

Der große französische Dichter Balzac, der Vidocq sehr persönlich kannte, nannte seine Erinnerungen „eines der eigenartigsten und fesselndsten Memoirenwerke der Weltliteratur.“ Dieses Urteil besteht auch heute noch zu Recht. Wer sich durch ein spannendes Buch über seinen Alltag emporheben lassen will und wenn dabei die landläufigen Sensations- und Kriminalromane nicht genügen, der wird dem vortrefflichen Übersetzer und dem Bücherkreis für diese Neuauflage der Erinnerungen Vidocqs dankbar sein.

**Der Volksbetrug der Nationalsozialisten.** Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. W. Hoegner. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68. Preis 20 Rpf.

Der 18. Oktober ist ein großer geschichtlicher Tag in dem halbhundertjährigen Kampfe der Sozialdemokratie um die politische und wirtschaftliche Befreiung des deutschen Volkes. An diesem Tage brach der organisierte Sturm der Nationalsozialisten, Deutschen und Kommunisten gegen die deutsche Demokratie durch die kluge politische Taktik der Sozialdemokratie in sich zusammen. Das weithin schallende Signal zu der siegreichen Abwehr des Braunhändel-Anmarsches gegen die demokratische Verfassung gab der Reichstagsredner in seiner wichtigen Ansprache gegen die Nationalsozialisten, gegen deren verlogene Geschichtsklitterung er die wirklichen Tatsachen des deutschen Zusammenbruchs sprechen ließ. Das Sündenregister des alten wilhelminischen Kaiserreiches wurde nochmals von unserem Genossen in Flammenschrift geschrieben. Die Rede Hoegners ist die wirksamste Wiedergabe jener dummsten nationalpolitischen Politik, die sich auf die mangelhafte politische Erziehung unserer Jugend und auf das kurze Gedächtnis vieler unserer älteren Volksgenossen verläßt.

**Kann ein Sozialist religiös sein?** Von Hans Weise. Verlag Bund sozialistischer Freidenker, Leipzig C 1, Zeitzer Str. 32. Preis 20 Rpf.

Diese Frage wird gegenwärtig wieder einmal mit großer Heftigkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei und auch weit über ihre Kreise hinaus diskutiert. Man kann sagen, sie ist eine der Schicksalsfragen der Partei. In Erkenntnis dieser Wichtigkeit hat der Bund sozialistischer Freidenker sie zum Titel einer Broschüre gemacht, die sich mit allem Für und Wider gründlich auseinandersetzt. Hans Weise, der Verfasser, geht als Marxist dieser Frage mit historischer Untersuchung zu Leibe. Er untersucht, wie Religionen sich aus Naturanschauungen entwickelt haben, weil sie gerade wegen ihrer gemeinsamen Ursprünge aus der Natur-betrachtung her verwandte Züge aufweisen. In der Verfolg dieser Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, daß die Religion ein Machtsymbol der herrschenden Klasse ist, also politische Bedeutung hat. Er untersucht auch den Sozialismus, dem die historische Rolle zufällt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu ändern, und darum muß seine Untersuchung schließlich darauf hinauslaufen, festzustellen, in welchem Verhältnis die Religion und der Sozialismus zu einander stehen. Die praktischen Schlussfolgerungen, die sich beim Lesen der Broschüre ergeben, umreißt Hans Weise sehr kurz. Zum Kampf für die Erreichung des gekennzeichneten politischen und gesellschaftlichen Zieles muß die Masse des Proletariats geistig geschult werden. Darum heißt es aber auch Klarheit in weltanschaulichen Dingen zu schaffen. Es gilt, Wissen über die Entstehung und über die gesellschaftliche Funktion der Religion zu verbreiten.

**Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung.** (Soziologie des Marxismus.) 1. Band: Allgemeine Grundlegung. Von Dr. Max Adler. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Kartontier 4,— RM., Leinen 5,75 RM. Org.-Ausgabe 4,25 RM.

Von diesem Werk des bekannten marxistischen Soziologen liegt jetzt der erste Band vor. Er behandelt die allgemeinen Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung; der zweite Band, der März 1931 erscheinen wird, bringt die Darstellung der besonderen Form- und Entwicklungsbegriffe dieser Lehre. Zum ersten Male liegt hier die Arbeit vor, die nicht nur eine literarisch-kritische Zusammenfassung der zerstreuten Stellen von Marx und Engels über die materialistische Geschichtsauffassung gibt, sondern darüber hinaus zur Herausarbeitung ihres einheitlichen Sinnes und zur Weiterbildung desselben im Sinne moderner wissenschaftlicher Arbeit schreitet. Der Verfasser zeigt, wie der eigentliche Sinn des Marxismus in der Begründung soziologischer Erkenntnis gelegt ist, und stellt die materialistische Geschichtsauffassung als die konsequenteste und höchstentwickelteste Form der Soziologie dar. In glänzender Weise führt das Buch diese theoretische Grundlegung durch genaue und klare Abgrenzungen des Marxismus von jeder Art Philosophie und Metaphysik einerseits, wie politischer Theorie und gar nur Parteiliche andererseits durch. Dieses Buch ist aber nicht etwa ein Buch bloß für Gelehrte. Im Gegenteil, seine Darstellung ist überall einfach, leichtverständlich und von eindringlicher Klarheit. So eignet sich das Werk zum Selbststudium für Studierende ebenso wie für fortgeschrittene Arbeiter. Insbesondere aber wird die sozialistische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit durch das Buch als einen unentbehrlichen Helfer für Bildungskurse, als Hilfsbuch für Lehrer und Referenten, als Studienbehelf in Arbeiterbibliotheken und Arbeitsgemeinschaften.

**Viel bessere Bewerbungsbrieft.** Merkur, Verlag Organisator AG., Zürich 76. 2,25 RM.

Der Verlag veranstaltet eine kleinen Wettbewerb, bevor er diese Broschüre drucken ließ, um dessen Resultat darin zu verarbeiten. Sie zeigt ausführlich, wie der moderne Bewerbungsbrief zu verfassen ist und weist auch darin ganz neue Wege, indem sie eine Arbeitsprobe dafür verlangt und angibt, wie diese anzufertigen ist. Jeder Arbeiter und Angestellte wird die billige Broschüre mit Gewinn lesen.

#### Inhaltsübersicht

**Hauptteil:** Der Chemigraphentarif für 1931 gültig! Kommt ein Moratorium? / Demokratie und Parlamentarismus III. / Die Lohnbaupolitik ist wirtschaftlich unglücklich dumm. / Das soziale Pflichtgefühl internationaler Konzerne. / Der Internationale Kongreß der Krankenkassenverbände. / Gewerkschaftliche „Freiheit“ in Italien. Werbt für den Verband.

**Verband und Beruf:** Tarifverhandlungen im Formstich. / Kündigung des Lohntarifes im Buchdruckgewerbe. / „Graphische Jugend“.

**Literatur und Kunst:** Bereit sein ist alles! / Kapstadt. / Aufgezwungenes Los.

Rundschau. / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50  
 Tel. F. 8 Oberbaum 22 89

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:  
**Druckpaste „Nürwa“, Trockenmittel „Mallouin“ (bleifrei)**  
**Scharftrockner „Ratiol“.** Seit Jahren bestens bewährt.  
**KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,**  
 Crimmitschau i. Sa., Schleierstraße 4.

**Das Berechnungswesen des Steindrucks** von Alfred Weck. Preis inkl. Nachnahme Porto 1.90 RM. Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

**Achtung! Auskunft!**  
**Zahlstelle München**  
 Filiale 1: Lithographen u. Steindrucker.  
 Alle Anfragen betreffend Auskunft sind zu richten an den Kollegen Jos. Bauer, München, Boschstr. 16.